



Karsten Möring MdB

Innere Sicherheit

Innere Sicherheit: In Freiheit sicher leben!

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die Wahrung der inneren Sicherheit eine zentrale Aufgabe der Politik. Sicherheit und Freiheit sind untrennbar miteinander verbunden, denn ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Jeder hat das Recht auf Schutz vor Kriminalität und Gewalt. Das gilt für den öffentlichen Raum genauso wie für die eigenen vier Wände. Wir können uns nicht darauf ausruhen, dass Deutschland nach wie vor zu den sichersten Ländern der Welt gehört. Es gibt es immer wieder neue Bedrohungen, auf die der Staat reagieren muss. Dazu zählen derzeit der islamistische Terrorismus und die organisierte Kriminalität. Die Politik muss sich diesen Herausforderungen immer wieder stellen und Antworten geben.

Stärkerer Schutz und bessere Strafverfolgung

Sicherheit fängt mit ausreichendem Personal bei Polizei und Ermittlungsbehörden an. Polizeipräsenz schreckt potenzielle Täter ab. Die Koalition hat auf Betreiben der Union gehandelt: 2016 bis 2018 sind zusätzlich rund 3.600 neue Stellen vorgesehen. Auch beim Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfas-



Nach den schlimmen Ereignissen in der Silvesternacht hat mir Innenminister Dr. Thomas de Maizière zugesagt, die technische und personelle Präsenz der Bundespolizei zu verbessern und die Videoüberwachung auszubauen. (Foto: Symbolbild)

sungsschutz wurden die Stellen aufgestockt. Die Union will den Personalausbau weiter fortsetzen. Zusätzlich sollen die Sicherheitsbehörden eine bessere Ausrüstung und Ausstattung erhalten. Alle Schutzmaßnahmen, die wir ergreifen, müssen auch mit dem Schutz der Privatsphäre vereinbar bleiben.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

ich fühle mich - und das nicht erst seit den Ereignissen der Silvesternacht - der Sicherheit der Menschen in Köln in besonderer Weise verpflichtet. Ich möchte, dass Sie frei und sicher leben können - ob zu Hause, auf Straßen und Plätzen, in Bussen und Bahnen, bei Tag und Nacht. Sicherheit ist eine Voraussetzung für Freiheit, für ein friedliches Zusammenleben und das Vertrauen in unseren Staat. Wer unsere Grundwerte wie Freiheit, Demokratie und die Achtung der Menschenwürde bekämpft, dem treten wir mit aller Härte entgegen.

Neben der Bewältigung der Flüchtlingskrise ist der Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus DIE Herausforderung! Die jüngsten Anschläge rufen uns in Erinnerung, mit welcher Bedrohung wir es zu tun haben. Unsere Pflicht ist es, wachsam und wehrhaft zu bleiben, Schutzlücken zu schließen, sobald wir sie erkennen.

Köln ist Hauptstadt der Kriminalität in NRW: Die Zahl der Straftaten steigt hier laut Statistik weiter und weniger als die Hälfte aller Straftaten werden aufgeklärt - das darf uns nicht ruhen lassen. Es ist gerade die sog. „Alltagskriminalität“, auf die ich das Augenmerk richten möchte. Die hohe Zahl an Wohnungseinbrüchen bleibt ein vordringliches Problem. Klar ist: Wir brauchen mehr Polizeipräsenz und Aufklärungsdruck, hier ist das vor allem das Land NRW gefordert. Es darf nicht länger Schlusslicht unter den Flächenstaaten sein. Sorgen wir dafür - mehr CDU in NRW.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Wir stehen fest an der Seite derjenigen, die Tag für Tag unsere Sicherheit gewährleisten und verteidigen: Vor diesem Hintergrund hat die Union zahlreiche Maßnahmen umgesetzt oder initiiert.

Mehr Polizisten und bessere Ausstattung

Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz haben wir konsequent gestärkt. Insgesamt werden wir dort in dieser Wahlperiode mehr als 4.600 neue Stellen schaffen, davon profitiert auch Köln. Hinzu kommen weitere 1.000 Stellen für die Bundespolizei 2018, die bereits vereinbart sind. Weitere 1.000 neue Stellen sind im Haushalt 2017 für die anderen Sicherheitsorgane vorgesehen. In den parlamentarischen Beratungen wollen wir diese Zahlen für den Zeitraum bis 2020 noch einmal mehr als verdoppeln. Darüber hinaus werden die Sicherheitsbehörden auch durch ein Sicherheitspaket mit Sachmitteln von insgesamt 630 Millionen Euro bis 2020 zusätzlich gestärkt.

Besserer Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden

Weil wir nur durch vernetzteres Wissen die geheimen Netzwerke des internationalen Terrorismus bekämpfen können, haben wir das Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus auf den Weg gebracht.

Verbesserung des Schengen Informationssystems

Auch in Europa haben wir den Informationsaustausch verbessert. Gewaltbereiten Islamisten ohne deutsche Staatsangehörigkeit kann die Wiedereinreise nach Deutschland untersagt werden.

Strafen für Ausbildung in „Terrorcamps“

Die Unterstützer des islamistischen Terrorismus dürfen in Deutschland keinen Vorbereitungs- oder Rückzugsraum finden. Wir haben deshalb das Reisen ins Ausland in terroristischer Absicht unter Strafe gestellt. Danach kann bestraft werden, wer ausreisen will, um dort Terroranschläge zu begehen oder um sich in einem „Terrorcamp“ ausbilden zu lassen.

Strafbarkeit der Finanzierung des Terrors

Die Union hat einen neuen Straftatbestand der Terrorismusfinanzierung eingeführt; auch das Sammeln von Spenden ist jetzt strafbar. So wollen wir den Nährboden für Radikalisierung und terroristische Gewalt austrocknen.

Speicherfristen für Verbindungsdaten

Oft sind die bei der Internetnutzung anfallenden Verbindungsdaten die einzige Spur, die zu den Terrororganisationen führt. Uns ist es gelungen, Speicherfristen für Verbindungsdaten neu zu regeln (sogenannte Vorratsdatenspeicherung).

Gespeichert werden dabei Daten von Telefonverbindungen (z. B. Rufnummern) oder vom Einloggen in das Internet (IP-Adressen), nicht aber Gesprächsinhalte.

Online-Durchsuchungen

Um etwa Terrorplanungen im Internet zu verhindern, haben wir die Rechtsgrundlage für Online-Durchsuchungen geschaffen. Nach den Vorgaben des Verfassungsgerichts werden wir gesetzliche Anpassungen vornehmen.

Zentrale Antiterrordatei

Mit der zentralen Antiterrordatei haben wir ein effektives Frühwarnsystem geschaffen, das Informationen der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder zur Vereitelung von Anschlägen und zur Bekämpfung von Terrorismus miteinander ver-

netzt.

Entzug des Personalausweises

Kampfbereite Islamisten werden an der Ausreise in die Kampfgebiete des IS gehindert. Damit dies noch besser gelingt, haben wir ermöglicht, ihnen nicht nur den Pass, sondern auch den Personalausweis zu entziehen. So ist eine Ausreise über Drittstaaten nicht mehr möglich.

Prepaid-Handys nur nach Vorlage eines Ausweises

Derzeit ist es möglich, Prepaid-Mobilfunkkarten ohne eindeutigen Identitätsnachweis zu erwerben und in Betrieb zu nehmen. Dadurch lassen sich Kommunikationswege verschleiern. Eine Aktivierung von Prepaid-Mobilfunkkarten ohne Ausweisprü-



Sicherheit der Bevölkerung hat höchste Priorität: MdB Karsten Möring im Gespräch mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur Sicherheitslage und den Maßnahmen des Bundes nach den Kölner Silvesterübergriffen. (Foto: M. Wittig)

Sicherheit: Schwerpunkte für Köln und NRW

Was will ich für Köln und NRW anpacken?

Wir sind in der Inneren Sicherheit gefordert wie kaum zuvor. Wir haben gezeigt, dass wir in der Inneren Sicherheit verantwortungsbewusst, mit Augenmaß und schnell handeln. In diesem Sinne setze ich mich ein für

ein besseres Frühwarnsystem

Neben den organisierten Terrorismus treten neue Formen der Bedrohung durch Einzeltäter, die den Sicherheitsbehörden nicht aufgefallen sind. Hierfür brauchen wir ein besseres Frühwarnsystem, das den Behörden ein frühes Tätigwerden ermöglicht, sobald es im Rahmen von Asylverfahren oder Integrationsmaßnahmen Hinweise auf eine Radikalisierung gibt.



MdB Möring: „Unsere Pflicht ist es, wachsam und wehrhaft zu bleiben, und Schutzlücken zu schließen, sobald wir sie erkennen“. (Foto: privat)

den Ausbau der polizeilichen Anti-Terror-Einheit

Wir wollen die deutschen Sicherheitsbehörden weiter personell stärken. Mehr Bundespolizei und verstärkter Einsatz intelligenter Videotechnik, die Präsenz der Bundespolizei muss zum Schutz von Flughäfen und Bahnhöfen sichtbar erhöht werden. Zudem wollen wir, dass an Gefahrenpunkten verstärkt intelligente Videokameras zum Einsatz kommen.

bessere Schutzausstattung und Bewaffnung

Wir wollen die polizeilichen Einsatzkräfte bundesweit mit geeigneter Schutzausstattung (u. a. mit ballistischen Westen und Helmen sowie mit sondergeschützten Fahrzeugen) ausrüsten. Zudem müssen die Einsatzkräfte geeignet bewaffnet sein.

Umfassende Überwachung von Rückkehrern

Wir wollen verhindern, dass Terroristen nach einer Teilnahme an Kampfhandlungen oder Anschlägen im Ausland zu uns nach

Deutschland zurückkehren. Wenn sie dennoch zurückkommen, müssen sie so umfassend wie möglich überwacht werden.

Hierfür sind viele Maßnahmen erforderlich, angefangen von Meldeauflagen über Kommunikationsüberwachung bis hin zur Observation.

den Kampf gegen illegale Waffen

In der EU steht eine Verschärfung der Feuerwaffenrichtlinie zur besseren Kontrolle von Feuerwaffen an. Neben dieser Maßnahme braucht es einen Aktionsplan zur Bekämpfung des Schwarzmarkts, insbesondere des „Dark Net“ (verschlüsseltes Internet für illegale Angebote), für den illegalen Waffen- und Sprengstoffhandel.

Verstärkung der Rückführungsanstrengungen

Es gilt die Anstrengungen zur Rückführung ausreisepflichtiger Asylbewerber zu verstärken, gerade mit Blick auf Afghanistan und dortige innerstaatliche Fluchialternativen, um auch hier Rückführungen zu ermöglichen. Dies gilt aber auch hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Ländern, die weiter verbessert werden muss.

bessere Prävention

Wir müssen die Prävention stärken – durch Aufklärung über religiösen Fanatismus, politische Bildung und die Einrichtung von Beratungsstellen zur Deradikalisierung. Wir müssen frühzeitig verhindern, dass Jugendliche durch Propaganda und Hassprediger radikalisiert werden, und es gilt, aggressive Anwerbeversuche im öffentlichen Raum, auch im Internet, zu verhindern.



„Ich strebe eine dauerhafte Verstärkung der Bundespolizei in Köln an,“ sagt MdB Möring

Maßnahmen in der Sicherheitspolitik

- ⇒ Bundeskanzlerin Merkel skizzierte als Reaktion auf die Anschläge in Deutschland einen Neun-Punkte-Plan für mehr Sicherheit: Dazu zählen unter anderem eine Senkung der Hürden für die Abschiebung von Asylbewerbern, ein "Frühwarnsystem" für Radikalisierungen bei Flüchtlingen und gemeinsame Übungen von Polizei und Bundeswehr sowie der beschleunigte Aufbau einer „Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich“ (Zitis) zur Entschlüsselung der Internetkommunikation.
- ⇒ Die Fußball-EM oder auch die Nutzung von Flüchtlingsrouten durch einige Attentäter von Paris zeigen, wie wichtig es ist, die internationale Terrorismusbekämpfung noch enger zu verzahnen. Deswegen haben wir mit dem jüngst vorgestellten Anti-Terror-Paket ein klares Zeichen gesetzt. Mit Hilfe dieses Gesetzes soll der Verfassungsschutz künftig noch besser mit wichtigen ausländischen Nachrichtendiensten zusammenarbeiten können. Telekommunikationsdienstleister müssen künftig die Identität von Prepaid-Handy-Kunden überprüfen. Hier gab es Sicherheitslücken, die wir jetzt schließen.
- ⇒ Erleichterung von Ausweisungen und Abschiebungen: Eine Ausweisung von Asylanten oder der Abbruch eines laufenden Asylverfahrens ist zukünftig bei Freiheits- oder Jugendstrafe ab einem Jahr möglich. Ein ärztliches Attest führt nur noch bei schwerer, lebensbedrohlicher Erkrankung zur vorübergehenden Aussetzung einer Abschiebung.
- ⇒ Die hohe Zahl an Wohnungseinbrüchen bleibt ein ernstes Problem. Deshalb müssen wir Einbrecher stärker und effektiver bekämpfen. Auch wenn hier in erster Linie die Länderpolizeien gefordert sind, übernimmt der Bund Verantwortung: Neben der Förderung der internationalen Ermittlungsarbeit und Erarbeitung von Ermittlungsansätzen gegen Täterstrukturen, müssen wir bessere Möglichkeiten zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchs bereitstellen. Dazu gehört auch die von uns angestrebte Einstufung als Verbrechen. Verfahrenseinstellungen gegen Bußen sind dann ausgeschlossen. Im Bereich der Baupolitik werden die Mittel für das KfW-Zuschussprogramm „Kriminalprävention durch Einbruchssicherung“ auf 50 Millionen Euro aufgestockt.
- ⇒ Im Juli 2016 hat der Bundestag das Gesetz zur Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung verabschiedet. Das bisherige Konzept bei der Strafbarkeit der Vergewaltigung ging davon aus, dass das Opfer Gegenwehr leistet oder nur aus bestimmten Gründen – wie bei Gewalt oder Drohung seitens des Täters oder bei Bestehen einer schutzlosen Lage – darauf verzichtet. Ein „Nein“ des Opfers wird jetzt künftig ausreichen. Nicht zuletzt durch die Silvester-Ereignisse in Köln hat das Thema „Nein heißt Nein“ im Hinblick auf sexuelle Handlungen eine große öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Damit wird der umfassende strafrechtliche Schutz von Frauen vor sexuell motivierten Straftaten gelten!



MdB Karsten Möring, hier mit Ehefrau Colette, ist erneut CDU-Direktkandidat im Wahlkreis Köln I für die Bundestagswahl 2017.

Wer ist Karsten Möring? Geboren am 30. August 1949, evangelisch-lutherisch, verheiratet, 1 Kind. An der Kölner Universität studierte er Geschichte und Geografie und arbeitete über zwanzig Jahren als Schulleiter eines Gymnasiums in Porz. Von 1999 bis zu seiner Wahl in den Bundestag 2013 war Möring ehrenamtliches Mitglied des Rates für die Stadt Köln. Die Verkehrs-, Umwelt- und Baupolitik gehören im Bundestag zu seine direkten Aufgabenfelder. (Foto: privat)

Für Sie als Bundestagsabgeordneter vor Ort!

Wo drückt der Schuh in den Stadtteilen Altstadt-Nord, Deutz, Neustadt-Nord sowie den Stadtbezirken Porz und Kalk? Ihre Anliegen im Wahlkreis sind mir wichtig. Schreiben Sie mir, besuchen Sie mich (nach Terminvereinbarung) in meiner Sprechstunde, informieren Sie sich auf meiner Homepage, folgen Sie mir in den sozialen Netzwerken oder besuchen Sie mich in meinem Bürgerbüro:

Karsten Möring MdB, Hauptstr. 390, 51143 Köln.

Tel. 02203/592021, Fax: 02203/591940

E-Mail: karsten.moering@bundestag.de

www.karsten-moering.de

Haben Sie Interesse an weiteren regelmäßigen Informationen über meine parlamentarische Arbeit für Köln in Berlin? Nach jeder Sitzungswoche, ca. zwanzigmal im Jahr, versende ich meinen ganz persönlichen BerlinBericht per E-Mail mit aktuellen Informationen, Argumenten

Impressum:

Sonderausgabe BerlinBericht

September 2016

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin



twitter.com/karstenmoering

karsten-moering.de



facebook.com/karsten.moring